

Zerstörte Vielfalt, so heißt der Leitspruch, den Berlin diesem Jahr 2013 gegeben hat.

Zeigte die Ausstellung, die wir hier am 30. Januar in Beisein von Bundeskanzlerin Angela Merkel eröffneten, überwiegend die Mechanismen, die zur Zerstörung einer zwar angeschlagenen aber doch noch funktionierenden Demokratie von den Nationalsozialisten angewandt wurden, so haben wir es jetzt mit einem hemmungslosen Terrorregime zu tun, das vor nichts halt machte. Ja, es gab Mord und Totschlag von Anfang an, ja – Juden wurden mit dem Geschäftsboykott und dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums schwer geschädigt und in ihrer gesellschaftlichen Situation an den Rand gedrängt, aber es blieben – gemessen an dem was wir heute in den Mittelpunkt stellen - doch noch begrenzte Freiräume für jüdisches Leben.

Viele Terrormaßnahmen von 1933 gingen im vorseilenden Gehorsam weit über das hinaus, was in die Annalen der Geschichtsbücher eingegangen ist. Paul Lindemann, einer der Direktoren im Karstadtkonzern, verlor am Tag des Geschäftsboykotts seine Position, denn die Geschäftsleitung wollte sich mal eben zum Gefallen der Nationalsozialisten im vorseilenden Gehorsam gegenüber Führer und Staat judenfrei präsentieren. Lindemann konnte sein Haus noch etwa zur Hälfte des Zeitwertes an den preußischen Staat vertreten durch Hermann Göring verkaufen und mit dem Erlös seine Hypotheken tilgen: So sahen die frühen Arisierung aus. Es gelang ihm, zu emigrieren, aber seine Existenzgrundlage und sein Leben waren zerstört. So wie er: 1933 verließen 37.000 rassistisch Verfolgte das Reich, d.h. 7 % der hier lebenden Juden 1934 waren es 23.000, d.h. weitere 5 % und 1935 weitere 21.000 d.h. weitere 5 %. Wenn es ihnen zuvor gelang, ihre Hypotheken oder sonstigen Verbindlichkeiten durch erpresserische oder durch die Umstände erzwungene Verkäufe zu regeln und die nach 1933 mehrfach angehobene Reichsfluchtsteuer erledigt war, hatten sie meist nur noch ihr wertvollstes gerettet: ihr Leben und das ihrer Familienangehörigen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Klar, das waren noch nicht die Bedingungen, die Göring am 12. November in der interministeriellen Konferenz zu den Folgen des Novemberpogroms verfügte, wo die Juden in der Konsequenz der Kristallnacht bei den Zerstörungen und Plünderungen Geschäfte jüdischer Inhaber nicht nur Hab und Gut verloren, sondern auch noch eine Strafkontribution von 1 Milliarde Reichsmark aufzubringen hatten. Konnten sie hernach noch etwas verkaufen, wurde es ihnen durch Reichsfluchtsteuer oder sonstige Tricks abgenommen: der klassische Fall von staatlich sanktioniertem Raub in der schönen Worthülse, die fast wissenschaftlich klingen könnte: Arisierung.

Wir durchlaufen im Sturmesschritt die folgenden Jahre. Weiterer trauriger Höhepunkt war der Reichsparteitag in Nürnberg, der von der NS-Bewegung zu einer Reichstagsitzung aufgewertet wurde: Deshalb wurden hier die sogenannten Nürnberger Gesetze beschlossen. Es sollte nicht nur ein NSDAP-Reichsparteitag sein, sondern eine die ganze deutsche Volksgemeinschaft repräsentierende „Recht“ schaffende parlamentarische Versammlung. Staat und Partei waren endgültig zum Synonym geworden.

Danach kommt das, was im Aufbau, der jüdischen Emigrantenzzeitung, rückwirkend in den 1940er Jahren die „Kreidezeit“ genannt wurde: An Ortseingängen oder auf den Parkbänken wurden die antisemitischen Sprüche wie „Juden nicht erwünscht“ übermalt oder für kurze Zeit abgenommen, denn Nazi-Deutschland wollte die Olympiade 1936 durchführen und als moderner weltoffener Staat Gastgeber für die Welt sein. Wie der Wolf im berühmten Märchen wurde allenthalben Kreide gefressen und von antisemitischen Maßnahmen abgesehen. Aber schon 1937 ging es weiter und fand hier in Berlin schon im Sommer 1938 traurige Höhepunkte: Hier wird jetzt die Textur des folgenden Terror vorgegeben: Diese Ereignisse sind nur deshalb wenig in unserem Bewusstsein, weil eben der 9. November alles in den Schatten stellt. Polizeigestützte Razzien auf dem Kurfürstendamm Ende Mai, von Menschenansammlungen in der Frankfurter Allee und am Alexanderplatz beschmierte Fensterscheiben jüdischer Geschäftsinhaber. Und schließlich: Die Münchner Synagoge wird im Sommer 1938 von einer Abbruchfirma vor aller Augen abgerissen.

Aber der 9. November 1938 ging noch weiter: Die jüdischen Sakralbauten landauf – landab wurden demoliert und gebrandschatzt, Thorarollen und Zeremonialgeräte wurden geschändet. Wer sich in unserer Ausstellung die 26 exemplarisch ausgesuchten Synagogen anschaut, die hier zerstört wurden, bekommt eine ungefähre Vorstellung von dem Ausmaß der Zerstörungen, aber auch von den Folgen dieser Gewaltwelle bis heute.

Als wir die Auswahl trafen, kannten wir noch nicht die Anfang Oktober¹ von Spiegel Online berichtete Nutzung einer Synagoge. Unter dem Titel „Wohnen unter dem Sternenhimmel“ wird von einem Ehepaar berichtet, das eine zerstörte Synagoge wie es heißt „liebevoll restaurierte“, um sie jetzt als persönliches Wohnhaus zu nutzen. Das größte Problem des Eigentümers und Nutzers ist nicht die Geschichte des Ortes oder seine Privatisierung, sondern die stilvolle Möblierung. Zitat: "Ich weiß selbst noch nicht so genau: Wie viele Möbel verträgt so ein Raum?", sagt der 55-Jährige. Er steht im prachtvollen Betsaal der früheren Synagoge von Wiesenbronn“. Soweit Spiegel Online. Hingegen ist der Umgang mit der 1938 geschändeten Synagoge von Ichenhausen, zu der wir später mehr hören können, eine vorbildliche Lösung.

¹ Spiegelonline 11.10.2013 – 18:35 Uhr

Dass selbst der Novemberpogrom vor dem Hintergrund des fabrikmäßigen millionenfachen Mordes an den europäischen Juden noch wie ein Vorspiel wirkt, heißt nicht, dass wir uns nicht mit dieser Geschichte auseinandersetzen haben. Das geschieht in Deutschland an vielen Stellen und durch zahlreiche Menschen auch mit großer Überzeugungskraft. Vom Bund und/oder Ländern zuweilen von Kommunen und Kirchen getragene oder geförderte Einrichtungen landauf-landab mit ständig steigenden Besucherzahlen sind ein schönes Zeichen für die Auseinandersetzung hier in Berlin oder andernorts in Deutschland mit der NS-Vergangenheit. Und auch das Veranstaltungsprogramm „Zerstörte Vielfalt“ ist ein riesiger Erfolg. 1000 Veranstaltungen und mehr als 1 Million Besucher hier in der Topographie.

Kleinere Probleme sind noch nicht geregelte Rechtsfolgen:

Wir lesen mit staunenden Augen von dem riesigen Fund an Bildern, die in einer Münchner Wohnung gefunden wurden. Und merkwürdigerweise gelingt es der Staatsanwaltschaft in diesem Fall möglichst lange die Ermittlungsarbeit im Hintergrund zu führen, ohne mögliche Opfer der NS-Raubzüge in Kenntnis zu setzen. Auch jetzt wird geschwiegen und gemauert. Wir sind doch selbst erst vor kurzem zeuge geworden wie geschwätzte Staatsanwaltschaften die ganze Republik über die mit Informationen versorgte Presse mit Details der Ermittlungen in Atem gehalten wird, ob denn nun ein möglicherweise geschenktes Bobby Car nur Vorteilsnahme im Amt sei oder nicht.

Heute haben wir eine Delegation der CCAR (Central Conference of American Rabbis) zu Gast. Hier mitten in Berlin: 1938 wurde das Gotteshaus der jüdischen Reformgemeinde in der Johannisstraße demoliert – nicht abgebrannt, dazu waren die Nachbarhäuser zu nah. Ein Luftangriff zerstörte das schöne Haus. Heute befinden sich dort ein provisorischer Parkplatz und eine noch viel provisorischere Gedenktafel. Seit vielen Jahren tragen sich Investoren mit dem Gedanken, dort ein großes profitables Gebäude zu errichten. Wie wäre es, wenn das profitable Haus etwas kleiner würde, und wenn die Investoren in der Kubatur des Tempels dort wieder eine Reformsynagoge entstehen lassen würden – etwas weniger Profit, aber eine weltweite Publicity und ein gutes Werk. Von dort in die Welt ging die heute weltweit größte jüdische Glaubensrichtung, das progressive Judentum aus. Was konstatieren wir stattdessen? Betroffenes Wegsehen, Verweis auf die Rechtmäßigkeit der Grundstücksgeschäfte.

Wenn dann alle Vergangenheitsarbeit so gut ist, warum wird dann immer ultimativer gefordert, es müsse mehr gegen rechtsradikale, antisemische oder rassistische Positionen aufgeklärt werden?

Neonazis in zwei Landtagen, 184 Tote rechtsradikaler Gewalt im wiedervereinigten Deutschland. Eine ARD Fernsehdokumentation über Antisemitismus, die beklemmend darlegt, dass judenfeindliche Positionen vermehrt auch aus der Mitte der Gesellschaft

kommen. Eine merkwürdige, importierte Judenfeindschaft aus den Reihen von Zuwanderern. Und fast könnte man sagen natürlich Geschichtsvergessenheit, wenn es ans Eingemachte geht - nämlich um die Entschädigung der Nachfahren von Eigentümern von Kunstwerken, die als Beutestücke oder Arierisierungsfälle in Depots oder Schausammlungen auch staatlicher Kulturinstitutionen befindlich sind.

Es gibt also noch und schon wieder viel zu tun.

Wir sind ein Teil dieser Erinnerungsarbeit: Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, das Centrum Judaicum – Stiftung Neue Synagoge und die Stiftung Topographie des Terrors: 2008 haben wir Teile dieser Ausstellung schon einmal im Vestibül der Neuen Synagoge gezeigt, die in ihrer Rekonstruktion, aber auch in der Abwesenheit des großen Synagogenraums ein Symbol dieser zerstörten Architektur ist.

Die jetzt überarbeitete Ausstellung »Es brennt! 75 Jahre nach den Novemberpogromen«, die **bis 2. März 2014** hier zu sehen ist, widmet sich den Ereignissen in der Reichshauptstadt Berlin mit einer besonderen Ergänzung zur Geschichte der Synagoge Fasanenstraße und dem Faksimile einiger Seiten des Wegweisers durch das jüdische Berlin, die Heinrich Simon, der unvergessene Professor für Hebraistik an der Humboldt Universität, 1938 mit seinen Anmerkungen über den Zerstörungszustand der Gemeindesynagogen versah und mit in die Emigration genommen hat. Sodann zeigt die Ausstellung an 26 Beispielen die architektonische Vielfalt jüdischer Kultusbauten in Mitteleuropa, ihre Zerstörung sowie den Umgang mit den Synagogen und ihren Ruinen nach 1938. Sie dokumentiert auf diese Weise Entwicklungen sowie die unterschiedlichen Formen des Erinnerns in der Bundesrepublik, der DDR und im wiedervereinigten Deutschland, in Österreich, Tschechien und Frankreich sowie in früheren deutschen Gebieten, die zu Polen und der Russischen Föderation gehören.

Besucherinnen und Besucher der Stadt und Berlinerinnen und Berliner – Junge wie Alte kommen in unsere Einrichtungen und setzen sich mit der Geschichte und Gegenwart auseinander. Deshalb auch unsere Ergänzung zum Katalog – ein Aufsatz, der zeigt, wie in Deutschland West- oder Ost mit der Erinnerung an die Kristallnacht umgegangen worden ist.

Genug der Vorrede:

Jetzt können sie sich selbst ein Bild machen.